

- politica y en las mentalidades, coord. M. Zeuske, colaboradores: H. Pietschmann, H.-J. König, Köln 1996, S. 473-487; K. Schüller, Das Urteil der deutschen Liberalen des Vormärz über Lateinamerika, eine historische Skizze, in: JbLa 31 (1994), S. 189-208.
- 4 U. Schmieder, América Latina a través de la prensa de las regiones alemanas de Prusia, Sajonia y Turingia. Alemania en la prensa iberoamericana de la época colonial y del período de la Independencia. 1760-1850, wird publiziert in: Regiones europeas y Latinoamérica ... (siehe Anm. 1).

Garry Herrigel, Industrial constructions. The sources of German industrial power, Cambridge University Press, Cambridge 1996, 480 S.

Die Geschichte der deutschen Industrie ist die Geschichte einer Entwicklung von kleinen Anfängen zu Großunternehmen. Namen wie Krupp und Thyssen, Borsig und Siemens, oder auch Emil Rathenaus AEG stehen dafür. Die Ausdehnung des Unternehmens wird als ein wesentliches Kriterium ihres Erfolgs betrachtet. In Einklang mit dieser Entwicklungslinie argumentiert sowohl die westliche als auch die marxistische deutsche Wirtschaftsgeschichtsschreibung. Der von der marxistischen Geschichtsschreibung vorgenommenen Einteilung der Funktionsweise der Wirtschaft in vormonopolistischen, monopolistischen und staatsmonopolistischen Kapitalismus liegen jeweils typische Betriebe unterschiedlicher, von Entwicklungsstufe zu Entwicklungsstufe zunehmender Größe zugrunde.

Herrigel unternimmt den Versuch, den Rahmen bisheriger deutscher Industriegeschichtsschreibung zu sprengen. Das gewohnte Bild stimmt nicht, sagt er. Die Historiker sind einseitig auf die Großbetriebe orientiert. Sie haben übersehen, daß die Mehrzahl der Betriebe sich keineswegs nur durch Größenwachstum auszeichnete und dank Konzentration und Fusion schließlich Konzerngröße erreicht wurde. Die kleineren Betriebe waren nach Herrigel auch mehr als die Hefe, aus denen die Großbetriebe heranwuchsen. Sie bildeten nicht nur den Rahmen für den Aufstieg der großen Wirtschaftsimperien, waren mehr als deren abhängige Zulieferer. Herrigels

neue Sicht zielt auf eine zweigleisige Entwicklung zum modernen Kapitalismus. Er unterscheidet zwischen zentralisierten („autarkic“) (Groß-)Betrieben und „dezentralisierten“ (Klein- und Mittel-) Betrieben, die aus unterschiedlichen Wurzeln spätfеudaler Entwicklung stammend, in unterschiedlichen Regionen Deutschlands zu den typischen Unternehmen wurden, sich nicht nur geographisch getrennt, sondern auch relativ unabhängig voneinander entwickelten. Beide Typen schufen sich enge Beziehungen zu unterschiedlichen Teilen des Staatsapparates (die „zentralisierten“ zu den zentralen, die dezentralisierten zu föderalen, regionalen und lokalen staatlichen Institutionen) und brachten zur finanziellen Absicherung ihrer Entwicklung unterschiedliche Typen von Banken, sogar unterschiedliche Unternehmerorganisationen – im Kaiserreich z. B. den Centralverband der Industrie bzw. den Bund der Industriellen – hervor.

Herrigels Leistung besteht nun darin, daß er nicht nur die Herausbildung beider Grundtypen von Unternehmen in Deutschland beschreibt, wobei er als „Heimat“ für die „zentralisierten“ das Ruhrtal, Nordost-Westfalen, Brandenburg und Sachsen-Anhalt sowie die Residenz- bzw. Handelsstädte Hamover, Kassel, Braunschweig, Nürnberg, Augsburg, München und Berlin benennt, als Heimstatt für die „dezentralisierten“ Betriebe aber Württemberg, Baden, Sachsen, das Bergische Land, das Siegerland und das linke Rheinufer bezeichnet. Er verfolgt die Entwicklung beider Betriebstypen über 150 Jahre, untersucht ihr Verhältnis zueinander, zu den Banken und vor allem zum Staat von der Zeit der Fürstentümer des Deutschen Bundes über das Kaiserreich, die Weimarer Republik, das Deutschland des Nationalsozialismus bis in die Bundesrepublik. (Aus verständlichen Gründen bleibt die DDR ausgespart.)

Die verschiedenen Organisationsformen des deutschen Staates werden jeweils aus der Sicht der „zentralisierten“ und „dezentralisierten“ Unternehmen analysiert. Dabei gelangt der Verf. zu Aussagen, die plausibel sind, aber doch jeden, der mit dem bisherigen Wirtschafts(-geschichts-) bild vertraut ist, verblüffen. Aus der Sicht

der „dezentralisierten“ Unternehmen war der große Vorteil des Kaiserreiches sein beträchtliches Ausmaß an juristischer und fiskalischer Föderalisierung. Zumindest letztere ging mit der Finanzreform gleich in den Anfangsjahren der Weimarer Republik verloren. Mit dem Weimarer „Zentralstaat“ konnten sich die „dezentralisierten“ Unternehmer kaum anfreunden, ebenso wenig wie sie nach einem kurzen Honigmond an Nazi-deutschland gefallen finden konnten. Die starke Föderalisierung der Bundesrepublik machte ihnen den westdeutschen Nachkriegsstaat dagegen von Anfang an sympathisch. Wenn das Kräfteverhältnis zwischen „zentralisierten“ und „dezentralisierten“ Unternehmen sich gerade in den ersten drei Jahrzehnten der Bundesrepublik zugunsten der „zentralisierten“ Unternehmen verschob, dann hatte es weniger mit der Organisation des Staates als mit der Produktion zu tun. Der Siegeszug des Fordismus schuf für die „zentralisierten“ Unternehmen günstigere Bedingungen denn je. Als mit sich beschleunigendem wissenschaftlich-technischen Fortschritt und einer sich immer rascher differenzierenden und verändernden Erzeugnispalette von Konsumgütern und Produktionsmitteln seit den siebziger Jahren die großen Lose, die Beständigkeit und Stabilität in die Unternehmen gebracht hatten, schwanden und bei einer zunehmend wieder unübersichtlich werdenden mittel- und langfristigen Entwicklung der Auftragslage Anpassungsfähigkeit und Flexibilität gefordert waren, konnten die „dezentralisierten“ mittelständischen Unternehmen in den achtziger Jahren ihre Position gegenüber den „zentralisierten“ Großunternehmen erneut festigen. Nicht zufällig setzt die seit 1982 an der Macht befindliche Regierungskoalition vor allem auf den gewerblichen Mittelstand.

Das Panorama, das Herrigel von 150 Jahren deutscher Wirtschaftsentwicklung entwirft, ist weit facettenreicher, als hier angedeutet werden konnte – z. B. enthält es auch eine Verordnung der Gewerkschaften im „dualen“ Unternehmenssystem. Jeder, der für neue Fragen an die deutsche Geschichte – vor allem (aber nicht nur) der Wirtschafts- und Sozialge-

schichte – offen ist, wird in dem Buch eine Fülle von Anregungen finden.

Jörg Roesler

Klaus Tanner, Die fromme Verstaatlichung des Gewissens. Zur Auseinandersetzung um die Legitimität der Weimarer Reichsverfassung in Staatsrechtswissenschaft und Theologie der zwanziger Jahre, Vandenhoeck und Ruprecht, Göttingen 1989, XXI, 288 S.

Die lange zurück bei Trutz Rendtorff in München gefertigte Dissertation des inzwischen in Dresden lehrenden Autors stellt eine außerordentliche Studie dar: Sie verbindet zwei wissenschaftssoziologische Analysen mit einer verfassungstheoretischen und verfassungsgeschichtlichen Thematik, die für jede geschriebene Verfassung in einer Kultur des positiven Rechts von Belang ist. Denn die Auseinandersetzung mit Fragen der Verbindlichkeit solcher Texte reicht immer über den Horizont der Disziplinen hinaus, die die Rechts- und Staatswissenschaft beheimatet. Zugleich ist es unverändert, wie in der Weimarer Zeit, eine Herausforderung nicht nur an die politische Philosophie, sondern auch an die Theologie, wie sie sich jeweils zum Normativitätsanspruch solcher Texte, ihrer Verbindlichkeit also, verhalten. Dabei spielt immer im einen oder anderen Gewande eine Rolle, ob sich ein höherer Standort konstituiert, den Distanz zu einer solchen Verfassung legitimiert, sei es ein solcher der religiösen oder der elitären Innerlichkeit oder ein solcher der säkularen Alternative in einer anderen, als an sich eigen behaupteten meist „nationalen“ „Kultur-“ oder „Lebens-“ „Gemeinschaft“, die sich gegen eine solche Zivilisation oder Gesellschaft des Rechts, das den Einzelnen zum Mittelpunkt macht, verhalten. Dahinter mögen durchaus Variationen einer Zweireichlehre stehen, wie die Einleitung des Buches nahelegt.

Der eigenartige Titel der Arbeit bezeichnet enigmatisch diesen Zusammenhang. Denn es ist das religiöse Gewissen,